

Herr Strack nennt einige aktuelle Eckpunkte.

Gemeindefinanzierungsgesetz

Herr Strack verweist auf eine Antwort auf das Schreiben der Kämmerer an den Innenminister. Die Antwort ist als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt. Beabsichtigt sei, dies so nicht stehen zu lassen, sondern seitens der Kämmerer ein erneutes Schreiben abzuschicken. Nach dem aktuellen Kenntnisstand sei allerdings davon auszugehen, dass das Gesetz so umgesetzt wird.

Kreishaushalt

Der Kreiskämmerer habe mitgeteilt, dass beim Kreis Ende dieser Woche/Anfang nächster Woche gerechnet würde. Dann erhalte man das seinerzeit prognostizierte Zahlenmaterial. Es werde sich zeigen, ob dies zur Erzielung des genehmigungsfähigen Haushaltes ausreiche. Sobald weitere Informationen vorliegen, werden diese den Mitgliedern des Rates zugeleitet. Aufgrund der Situation fehle es am heutigen Tag an einer Basis für den Hauptausschuss, eine Beschlussempfehlung an den Rat zum Haushalt auszusprechen.

Online-Umfrage

Nach Ablauf der Veröffentlichung sind neben den schon zugeleiteten weitere fünf Vorschläge eingegangen. Diese sind als **Anlage 4** der Niederschrift beigefügt. Zur Zeit werde zu den einzelnen Vorschlägen eine Stellungnahme der Verwaltung erarbeitet. Auch diese gehe dem Rat in Kürze zu.

Abschließend stellt er fest, dass die Konsolidierungslisten 1 und 2 zum Ausgleich der Auswirkungen des GFG notwendig seien. Er macht außerdem deutlich, dass die vom Kreis beeinflussbaren Parameter auch noch durch die Politik zu beschließen sind.

Herr Sonntag ist der Meinung, dass dies eine ganz andere Redeweise sei als in der letzten Ratssitzung. Der Bürgermeister sei davon ausgegangen, dass die prognostizierten Anpassungen im Kreishaushalt die Basis für die Beratung des Haushaltes sei.

Der Bürgermeister antwortet. Zunächst seien die beiden Konsolidierungslisten zu behandeln – unabhängig davon, was beim Kreis rauskomme. Wenn der Kreis mitspielen werde, habe man die Chance auf einen genehmigungsfähigen Haushalt. Es sei nun in aller Ruhe notwendig, unsere Hausaufgaben mit Abarbeitung der Konsolidierungslisten zu machen. Im Anschluss verweist er auf die nun vorgesehene Sitzungsfolge: 11.4. – HA, 9.5. – Rat. Im Grunde müssten die Hausaufgaben in Eitorf parallel zu den Bemühungen auf Kreisebene erfolgen.

Herr Zielinski verweist auf die bereits erfolgten interfraktionellen Gespräche. Aus diesen Gesprächen sei bereits eine erste Ergebnisliste entstanden. Er sei sehr verärgert darüber, dass irgendjemand Ergebnisse aus der Liste in die Öffentlichkeit getragen habe. Diesbezüglich sei er bereits angesprochen worden. Möglicherweise sei dies aus Unachtsamkeit geschehen.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass es sich um ein internes Entwurfspapier, das zunächst einen Zwischenstand der Beratungen wiedergibt und nicht als abschließendes Ergebnis zu betrachten ist. Er sei von einer gewissen Vertraulichkeit ausgegangen.

Habe jemand bewusst Inhalte der Ergebnisliste herausgegeben, erklärt Herr Gräf, könne dies nur einer der gezielt von ihm ausgewählten Adressaten bzw. einer der Teilnehmer der Ältestenratssitzung gewesen sein. Zur Sache bittet er, auch aus Reihen des Rates ein deutliches Signal in Richtung Siegburg zu senden. Er legt daher einen Resolutionsentwurf vor und beantragt, diesen per Beschluss zu bestätigen. Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Politik solle sich in der Sache eindeutig positionieren.

Der Resolutionstext wird von Herrn Gräf weitergegeben und ist Bestandteil des zu diesem Punkt formulierten Beschlusses.

Herr Sonntag bezieht sich auf die interfraktionellen Beratungen und macht deutlich, dass er ein Gesprächsangebot von Herrn Gräf urlaubsbedingt bisher nicht annehmen konnte. Dies sei noch nachzuholen. Gleichwohl habe er die Liste erhalten. Zwar habe man noch keine Möglichkeit gehabt, sich

dezidiert hiermit auseinanderzusetzen, dennoch habe man noch einige Punkte, die nach Meinung der CDU-Fraktion von der Konsolidierungsliste gestrichen werden sollten:

- Zuschuss an den Touristikverein
Hintergrund sei die gewollte Stärkung dieses Bereiches, dokumentiert auch durch die Bildung des neuen Amtes. Dies würde sich widersprechen
- Zuschuss Kameradschaftskasse Feuerwehr
- Vereinszuschüsse Festausschuss u. Förderverein Jugend
- Kürzung Zuschuss Seniorenfest
- Zuschuss Partnerschaftsverein

Im Grunde gehe es darum, die wertvolle Arbeit der Vereine weiter zu stützen. Die Beträge hätten eher auch symbolischen Charakter. Insgesamt mache dies 10.200 Euro aus.

Weiter bittet Herr Sonntag, die ab 2012 geplante Einführung der Sportstättenbenutzungsgebühr von der Liste zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf die Kinder- und Jugendarbeit.

Der Bürgermeister wirft ein, dass bei der angestrebten Gebühr ausdrücklich Nutzungen durch Kinder und Jugendliche ausgenommen sind.

Herr Sonntag verweist auf eine hierdurch bedingte Verlagerung des Gebührenaufkommens. Der Betrag bliebe der gleiche, die Vereine würden aber mehr belastet. Es sei nicht abzusehen, inwieweit die Vereine die Mehrbelastung dann doch wieder weitergeben. Daher sei ein vollständiger Verzicht sinnvoll.

Im Anschluss geht Herr Sonntag auf die Finanzierung ein. In 2011 sei diese unschädlich. Der Status des Haushaltes ändere sich im wesentlichen nicht. Problematisch sei dies in den Folgejahren, insbesondere in den Jahren 2013-2014. Das angedachte Vorziehen der Erhöhung der Grundsteuer auf 2011 würde die CDU nicht mittragen. Im übrigen sei man guter Hoffnung, dass auch die Steuererhöhungen 2013 vermeidbar seien. Auf der Streichliste seien zwei Kürzungen im Bereich Personal vorgeschlagen. Für 2011 sollten diese belassen werden. In den Jahren 2012 – 2014 seien Beträge von 95.000, 80.000 und 150.000 Euro vorgesehen, die gem. Vorschlag Bürgermeister mit Maßnahmen wie Wiederbesetzungssperren und Aussetzung der Leistungszulagen für Beamte eingespart werden sollen. Die beiden Punkte sehe die CDU kritisch. Alternativ verweist Herr Sonntag auf das Produkt 010402 (Personalangelegenheiten). Das Jahresergebnis 2009 habe 7,5 Mio. Euro betragen. Der Ansatz 2011 belaufe sich auf 8,7 Mio. Euro und beinhalte somit eine Steigerung von 16 %. Ein Teil des Produktes beziehe sich mit 600.000 Euro auf Bezüge von Beamten und tarifl. Beschäftigten. Als Finanzierungsvorschlag schlage die CDU vor, den Vorschlag für 2011 zu belassen und den Ansatz im genannten Produkt ab 2012 um jährlich 1,5 % zu reduzieren.

Herr Zielinski hält es nicht für sinnvoll, die inhaltliche Diskussion hier und heute zu führen. Die Vorschläge der SPD habe man in die bilateralen Gespräche eingebracht.

Herr Liene kritisiert den umfangreichen Änderungskatalog der CDU-Fraktion. Somit sei die Grundlage für interfraktionelle Verhandlungen eliminiert. Verhandlungen seien normalerweise immer ergebnisoffen.

Herr Gräf verweist auf die noch offenen Unwägbarkeiten. Auch sei er enttäuscht, dass die CDU die Ergebnisse eines ersten Meinungsaustausches auf diese Art auseinandernehme und hier präsentiere. Über das Verfahren sollte die CDU-Fraktion nochmal nachdenken. Außerdem spricht er die Vereinsmitgliedschaften an. Eine Aufstellung sei dem Rat zugeleitet worden. Allerdings fehle es noch an Detailinformationen zu Sinn und Zweck der Mitgliedschaften. Diesbezüglich gebe es noch Gesprächsbedarf. Auch die Richtlinien über die Brauchtumpflege müssten einer generellen Überprüfung unterzogen werden.

Herr Zielinski hält es für sinnvoll, bei Bewertung der Vereinsmitgliedschaften aufzuführen, ob die Gemeinde Zwangsmitglied ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Liste mit den Mitgliedschaften und ergänzenden Anmerkungen hierzu wird erstellt und dem Rat in Kürze zugeleitet.

Herr Sonntag weist die in den vorherigen Wortbeiträgen geäußerte Kritik zurück. Die Ältestenratssitzung sei terminiert worden, weil man sich nun mit den vorgelegten Fakten hätte auseinandersetzen müssen. Außerdem habe der Bürgermeister Gespräche mit Fraktionsvorsitzenden geführt, nicht aber mit der CDU-Fraktion. Die CDU habe lediglich ihre Position zu bereits interfraktionell erörterten Sachverhalten dargelegt. Hierüber könne weiter gesprochen werden.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass er sehr wohl mit der CDU gesprochen habe und zwar im Ältestenrat. Dass er mit der CDU-Fraktion kein Exklusiv-Gespräch geführt habe, könne auch an atmosphärischen Störungen liegen. Zerle ihn jemand vor die Kommunalaufsicht, überlege er sich sehr wohl, mit wem er Gespräche führe. Das betreffe nicht die Gremien wie Ältestenrat etc.

Zum Ende der Aussprache lässt der Bürgermeister über den FDP-Antrag zum Erlass einer Resolution abstimmen.